



Presseinformation

Kontakt

Heike Köhn
Pressesprecherin
Volksbegehren Artenvielfalt.Jetzt!
c/o NABU Niedersachsen
Alleestraße 36
30167 Hannover
Tel: (0511) 12 60 85-44
Mobil: 0162 4188021
E-Mail:
presse@artenvielfalt-niedersachsen.jetzt

Hannover, 14. August 2020

Neue Naturbewusstseinsstudie ist Rückenwind für Volksbegehren

Fast 2/3 ärgert sorgloser Umgang mit der Natur

Nach einer am (heutigen) Freitag veröffentlichten Studie des Bundesumweltministerium und des Bundesamtes für Naturschutz ärgern sich 63 % der Bürgerinnen und Bürger über einen zu sorglosen Umgang mit der Natur. Außerdem fordert eine deutliche Mehrheit eine Stärkung der Schutzgebiete.

„Diese Studie bestätigt sehr eindrucksvoll, was wir auch bei der Sammlung von Unterschriften für das Volksbegehren „Artenvielfalt. Jetzt!“ überall im Land erleben. Die Zustimmung der Menschen, die wir für einen besseren Schutz der Natur und unserer Arten ansprechen, ist sehr groß“, berichtet Dr. Holger Buschmann, Mitinitiator des Volksbegehrens.

Genau das, was die Menschen mehrheitlich fordern, werde mit dem Volksbegehren im geltenden Recht verankert. „Mit unserem Volksbegehren setzen wir einen besonders starken Akzent bei einem wirksamen Schutz unserer Schutzgebiete: Wir wollen dort den Einsatz von chemisch-synthetischen Pestiziden endlich verbieten. Das bisher selbst in den meisten Schutzgebieten Glyphosat genauso eingesetzt werden kann wie außerhalb, ist doch bezeichnend für den Etikettenschwindel der da bisher betrieben wird“ so Buschmann.

Außerdem werde mit dem Volksbegehren der Schutz der typischen Wiesenvögel wie Kiebitz, Uferschnepfe und Großer Brachvogel in den eigens zu ihrem Schutz ausgewiesenen Schutzgebieten verbessert: „Die EU-Vogelschutzrichtlinie, die zum Schutz dieser Arten die Ausweisung von Schutzgebieten verlangt, stammt aus dem Jahr 1979. Im gleichen Zeitraum sind deren Bestände um bis zu 80% eingebrochen. Es ist höchste Zeit das wir diesen Trend endlich stoppen“, fordert Dr. Holger Buschmann.

Mit dem Volksbegehren Artenvielfalt haben die Bürgerinnen und Bürger in Niedersachsen die einmalige Gelegenheit, selbst dafür zu sorgen, dass ihre Forderungen endlich umgesetzt werden.

